

Antrag

der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Nicole Maisch, Markus Tressel, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die gewerbliche Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen in Deutschland und der Europäischen Union deutlich verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einen zusätzlichen Abschnitt mit Mindestanforderungen an das Halten von Kaninchen aufzunehmen und hierbei insbesondere darauf zu achten, dass die Kaninchen im angebotenen Raum artgemäße Verhaltensweisen ausüben können, wie zum Beispiel artgemäße Bewegung, sich Aufrichten im Zusammenhang mit Erkunden, und dass der Käfig ausreichend strukturiert ist;
2. sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass europaweit artgerechte Mindesthaltungsvorschriften für Mastkaninchen beschlossen werden;
3. sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ein EU-weit verbindliches System der Herkunftskennzeichnung für tierische Produkte eingeführt wird;
4. sicherzustellen, dass im Rahmen des geplanten obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für seriell hergestellte Unterkünfte für Tiere nicht nur Haltungseinrichtungen für die kommerzielle Kaninchenzucht und -mast, sondern auch für kleinstrukturierte, häusliche Hobbyhaltung von Hauskaninchen, für die organisierte Rassekaninchenzucht, für Tierbörsen und Zoofachhandlungen auf Tiergerechtigkeit geprüft werden;
5. dafür Sorge zu tragen, dass der Bestand an Kaninchen und die Erzeugung von Kaninchenfleisch in Deutschland statistisch erfasst werden;
6. sich in ihren Branchengesprächen mit Handelsunternehmen dafür einzusetzen, dass diese nur Kaninchenfleisch listen, das aus artgerechter Haltung stammt.

Berlin, den 8. Juni 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Immer wieder berichten Medien mit aufrüttelnden Bildern über Fälle tierschutzwidriger Praktiken bei der Intensivhaltung und beim Transport von Kaninchen. Genaue Zahlen über den Umfang der gewerblichen Haltung von Kaninchen liegen weder für die Europäische Union noch für Deutschland vor. Auch Haltungsvorschriften fehlen sowohl auf deutscher als auch auf EU-Ebene. Grundsätzlich müssen die Betriebe zwar die grundlegenden Anforderungen des Tierschutzgesetzes einhalten, die vorschreiben, dass ein Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend gehalten werden muss. Doch ohne klare Umsetzungsvorgaben und strenge Kontrollen lässt sich dies in den Betrieben nicht durchsetzen.

Die Bundesregierung rechtfertigte ihre Tatenlosigkeit bislang damit, dass die Qualitätsgemeinschaft Kaninchen ein freiwilliges Gütesiegel erarbeitet habe. Videoaufzeichnungen aus diesem Jahr belegen aber, dass selbst in Mastanlagen, die dieses Siegel tragen, der Tierschutz mit Füßen getreten wird. An einer gesetzlichen Regelung führt daher kein Weg vorbei.

Schätzungen zufolge werden rund 20 Prozent des in Deutschland verzehrten Kaninchenfleisches aus Osteuropa und China importiert. Besonders in China sind die Haltungsbedingungen katastrophal. Daher ist eine Kennzeichnung der Herkunft wichtig.

In ihrem Tierschutzbericht 2007 stellt die Bundesregierung fest: „Aktuell liegen im Vergleich zu anderen Nutztierarten nur wenige Kenntnisse über die Voraussetzungen einer tiergerechten Kaninchenhaltung vor.“ Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die konventionelle Käfighaltung, die sich vor allem aus arbeitswirtschaftlichen und hygienischen Gründen durchgesetzt hat, im Hinblick auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Bodengestaltung und die mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten tierschutzrechtlich problematisch ist. Auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat angesichts erneuter Skandale vor Ostern dieses Jahres endlich auf die Missstände reagiert und die Vorlage längst überfälliger rechtlicher Regelungen zur Haltung von Kaninchen angekündigt.

Es liegen seit vielen Jahren Erkenntnisse über die Ansprüche von Kaninchen an ihre räumliche und soziale Umgebung vor, auch zur Besatzdichte. Diese sind ausreichend, um Vorschriften zu erlassen, die geeignet sind, dem Tierschutz in diesem Bereich größere Geltung zu verschaffen und die den Vollzugsbehörden ermöglichen würden, gegen tierschutzwidrige Haltungen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Versprechen einzuhalten und zügig tiergerechte Mindestanforderungen für die Haltung von Kaninchen aufzustellen.